

Calmer Calblatt

Nr. 152.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

96. Jahrgang.

Verkaufspreis: 6 mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Die kleinste Zeile 60 Pfg. wöchentlich. Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100%. — Fernruf 9.

Montag, 4. Juli 1921.

Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn Mk. 12.50 vierteljährlich. Postbezugspreis Mk. 12.50 mit Bestellgeld. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Zur Lage in Oberschlesien.

Rundgebung des Reichspräsidenten und Reichskanzlers zum Opfertag.

Der Reichspräsident hat zum heutigen Gedenktag für Oberschlesien folgenden Aufruf erlassen:

Der dritte polnische Aufstand hat während zweier Monate unermessliches Leid und unersagbares Elend über Oberschlesien gebracht. Tausende unserer deutschen Brüder und Schwestern mußten, um den Bedrohungen und Mißhandlungen der aufrührerischen Banden zu entgehen, Haus und Hof im Stiche lassen. Zehntausende deutscher Oberschlesier haben ihre Beschäftigung verloren. Ueberaus groß ist auch die Zahl derer, die unter Plünderungen und Raub zu leiden hatten. Wir gedenken in tiefer Ehrfurcht der Toten, die Opfer dieses Aufstandes wurden, und der tapferen Mütter des Heimatlandes, die ihr Leben in der Verteidigung für die geliebte Heimat lassen mußten. Das deutsche Volk ist einzig in der Hoffnung, daß diese Opfer nicht umsonst gebracht wurden und daß die treue Hingabe und die Geduld, mit der Oberschlesien sein schweres Schicksal trägt, in dem schließlichen Triumph des deutschen Volkes ihren Lohn findet. Die Oberschlesier haben durch ihre Abstimmung mit überwältigender Mehrheit den Willen kundgegeben, mit uns vereint zu bleiben. Die Abstimmung des 20. März war ein Treubekenntnis zum Deutschen Reich, wie es schöner nicht erwartet werden konnte. Nun heißt es für uns: Treue um Treue. Jetzt ist es an uns, unseren ober-schlesischen Brüdern zu danken für ihre Standhaftigkeit und ihr ausdauerndes Bekenntnis zum Deutschen Reich. Die Regierung kann diese ihre Dankeschuld nicht besser erfüllen, als wenn sie sich dem Hilfswerk, zu dem heute ganz Deutschland aufgerufen wird, von ganzem Herzen anschließt. Sie wendet sich daher an das deutsche Volk, an alle ohne Unterschied des Standes, des Glaubens und der Partei und fordert auf, mitzubehelfen, die Wunden zu heilen und die Not zu lindern, die der Aufstand dem Abstimmungsgebiet brachte. Möge der Tag nicht mehr fern sein, an dem die Regierung unbeschädigt durch fremde Einflüsse sich ganz dem Werk des wirtschaftlichen und kulturellen Wiederaufbaus des alten deutschen Landes widmen kann zum Wohle Oberschlesiens, zum Gelingen unseres gemeinsamen Vaterlandes, zum Siege des Weltfriedens.

Berlin, den 3. Juli 1921.

Der Reichspräsident: (gez.) Ebert.
Der Reichskanzler: (gez.) Dr. Wirth.

Berlin, 3. Juli. Den Abschluß des heute in ganz Deutschland beengenen Hilfslags für Oberschlesien bildete eine große Versammlung in der Philharmonie, in der Reichskanzler Dr. Wirth in einer Ansprache u. a. ausführte: Im ganzen deutsch Vaterlande wird heute zugunsten Oberschlesiens ein Opfertag abgehalten. Wochen, Monate, Jahre der schwersten Opfer hat die ober-schlesische Heimat getragen in einer Not, die würdig ist der großen Opfer, die das ganze deutsche Volk seit Beginn des Weltkrieges getragen hat. Unser ganzes deutsches Volk weiß, was Opfer heißt. Alle wissen es wohl, in meiner Schwarzwälderheimat bis ins kleinste ober-schlesische Dorf hinein. Dieser große Körper des Volkes, des 60 Millionen-Volkes, trägt gewiß Tausende von Narben, geschlagen auf hundert Schlachtfeldern, geschlagen in bitterster Not, da die Lebensmittel im Weltkrieg in Deutschland zur Reize gingen. Aber unser Volkstörper trägt noch Wunden. Am Rhein ist jene Wunde, die unser wirtschaftliches Marz teilweise zerstört hat. Dort gelten noch trotz der Annahme des Ultimatus die sogenannten Sanktionen. Oberschlesien ist die zweite große Wunde. Sie könnte heilen, es könnte ein Ende gefunden werden in dem blutigen Norden, in dem Raubden, im Bereich von Dörfern, im Niederbrennen atterwürdiger Schlösser, wenn jener Gedanke lebendig würde, der das Streben aller Deuler aller Jahrhunderte war, der Gedanke, daß nicht Macht, sondern Recht allein das unglückliche Europa wieder aufrichten kann. (Bravo!) Macht allein kann niemals die Welt regieren. Der Machtgedanke hat Europa in Schutt und Trümmer gelegt. Die ober-schlesische Frage ist mehr geworden als nur ein Objekt der Geheimdiplomatie, sie ist in gewissem Sinne auch eine Frage für die ganze Welt. Ist es etwa nur Raub und Schall, daß Gerechtigkeit das Ziel des europäischen Krieges und eines Friedensschlusses sein sollte, bei dem die Völker nicht wie Schachfiguren verschoben werden sollten? Soll das demokratische Prinzip der Selbstbestimmung der Völker nur auf dem Papier stehen? Ist alles Schall und Rauch, was das ober-schlesische Volk gesprochen hat, das sich laut zu Deutschland bekannt hat? Glaubt jemand, daß Europa zur Ruhe kommen kann, wenn dieses Zeichen der demokratischen Selbstbestimmung mißachtet werden sollte? Man hat gesagt: Laßt die ober-schlesischen tapferen Männer, die ihrer Heimat Schutz geboten haben, im blutigen Ringen, im letzten Verzweiflungskampf für die heimatische Erde stehen! Wir haben abgewehrt und gesagt: Das Schicksal des Landes wird in der großen internationalen Volksitzung in London, Paris und Rom und in

Washington entschieden werden. Dieses Opfer der Geduld, der Engstirnigkeit, die Oberschlesien beweisen hat, zeigt, daß es mit uns verknüpft ist, nicht nur durch materielle Interessengemeinschaft, sondern durch das Höchste, was die Völker verbindet: die Liebe zur Heimat.

Eine einbruchsvolle Rundgebung für Oberschlesien im Berliner Stadion.

Berlin, 4. Juli. Bei dem großen internationalen Sportfest im Stadion zogen gestern abend halb 7 Uhr in einer Riesentundgebung die ober-schlesischen Vereine auf, um für das Deutschstum Oberschlesiens zu zeugen. Vor einer tausendköpfigen Zuhörermenge, die im Halbrund des Stadions versammelt war, ergriffen Vizekanzler Bauer im Namen der Reichsregierung und Ministerpräsident Stegerwald im Namen Preußens das Wort, um Not und Leid Oberschlesiens zu schildern. Sie wiesen darauf hin, daß die Nation dem von der interalliierten Kommission im Stiche gelassenen Oberschlesien durch freiwillige Opfergaben zu Hilfe kommen müsse. Das Reich könne augenblicklich nicht eingreifen, da der interalliierten Kommission die Regierungsgewalt in Oberschlesien zu treuen Händen übergeben worden sei. Das Reich werde zu Hilfe kommen, wenn die ober-schlesischen Verhältnisse geregelt seien. Das Hoch auf das deutsche Oberschlesien, das Ministerpräsident Stegerwald ausbrachte, wurde mit ungeheurer Begeisterung aufgenommen. Darauf sang die versammelte Menge „Ich hab mich ergeben“ und „Deutschland, Deutschland über alles“. In feierlichem Zug zogen darauf die Oberschlesier über die Arena. Kein Teilnehmer wird sich dem starken Eindruck der Rundgebung entzogen haben.

Briand erhofft angeblich eine befriedigende Lösung.

Paris, 2. Juli. Aus Berichten der Morgenblätter über die Erklärung, die Briand gestern nachmittags im Finanzausschuß der Kammer abgegeben hat, ist besonders hervorzuheben, daß Briand geäußert hat, die Lage in Oberschlesien bessere sich von Tag zu Tag. Der Ministerpräsident hat Grund zu der Hoffnung, daß eine Einigung mit den Verbündeten über eine Lösung, die von den Deutschen und Polen angenommen werde, in Aussicht stehe. Er glaube, der Oberste Rat werde in der nächsten Zeit zur endgültigen Lösung der Frage zusammentreten. Die Finanzkommission hat von diesen Erklärungen Kenntnis genommen und hat eine bemerkenswerte Feststellung gemacht, die den Charakter eines wichtigen Geständnisses hat, nämlich die ganze unheilvolle Lage in Oberschlesien sei verursacht und verschuldet von der polnischen Invasion, und der Einmarsch der deutschen Selbstschutzformationen in Oberschlesien sei nur eine Wirkung und eine Folge dieser polnischen Anriffe gewesen.

Fortschreiten der Räumung.

Berlin, 2. Juli. Die Räumung Oberschlesiens durch die Insurgentenbanden und die deutschen Selbstschutzverbände vollzieht sich im allgemeinen programmäßig. Die nötigen Vorkehrungen für die Auflösung des Selbstschutzes sind getroffen worden. Die ober-schlesischen und freien Gewerkschaften haben sich erhoben, für die Unterbringung der durch die Auflösung erwerbslos werdenden Angehörigen des Selbstschutzes Sorge zu tragen. Von der deutschen Regierung ist nun ein amtlicher Bericht über den dritten Aufstand in Oberschlesien herausgegeben worden, der wertvolles authentisches Material über die polnisch-französischen Umtriebe und die Greuelthaten, Zerstörungen und Plünderungen durch die Insurgenten enthält.

Weitere englische Truppenverstärkungen.

Larnowit, 3. Juli. Englische Quartiermacher bereiten für eine am 4. Juli hier eintreffende große englische Truppenabteilung Unterkunft vor.

Anzeichen für einen neuen Aufstand.

Breslau, 3. Juli. Die Vereinigten deutschen Parteien und Gewerkschaften haben der Interalliierten Kommission eine Erklärung aus Larnowit vom 1. Juli übermitteln lassen, in der es u. a. heißt: Die in deutscher und polnischer Sprache gedruckte polnische Presse schürt schon jetzt den neuen Aufstand. Wir betrachten die Beilegung des Aufstandes als eine Pause vor neuen schweren Ereignissen. Nach unserem Rechtsbewußtsein dürfen unter die Amnestie nicht fallen: 1. der bisherige polnische Plebiszitkommissar Korfanty und die Mitglieder des Volkzugsausschusses, 2. die Kommandanten von Formationen der Aufständischen, die Orts- und Kreis-kommandanten, auf deren Befehl und unter deren Verantwortung Verbrechen und Vergehen verübt worden sind, 3. die Vorstehenden und die Beisitzer der Feldgerichte der Aufständischen, die sich richterliche Gewalt über Leib und Leben der friedlichen Bevölkerung, sowie alle Personen, die sich widerrechtlich öffentliche Ämter angemaßt haben, 4. alle Teilnehmer des Aufstandes, die am 3. Mai 1921 Beamte der Interalliierten Kommission gewesen sind, insbesondere Kreisbeiräte und Beamte der Polizei Oberschlesiens und der Spezialpolizei, 5. alle diejenigen Personen, ohne Unterschied der Nationalität, die Verbrechen und Vergehen gegen Leben und Eigentum begangen haben. Bekanntlich ist die befürchtete Amnestie erlassen worden und es trifft die Interalliierte

Kommission die Verantwortung dafür, daß eine auch die Urheber des letzten Aufstandes umfassende Amnestie mit Notwendigkeit den vierten Aufstand hervorzurufen muß.

Umwandlung der Aufrührerbanden in „Ortswehren“.

Oppeln, 3. Juli. Die Einrichtung der polnischen Ortswehren darf als nahezu abgeschlossen gelten. Die Mitglieder verfügen über eine genügende Menge Waffen und Munition. Wie immer wieder berichtet wird, werden große Waffenbestände in den Wäldern der Kreise Rybnik und Pleß vergraben, um beim Ausbruch des vierten polnischen Aufstandes bei der Hand zu sein.

Zur auswärtigen Lage.

Englische und französische Befriedigung über den Fortgang der Entwaffnung in Deutschland.

London, 2. Juli. Reuter veröffentlicht eine Uebersicht über den bisherigen Stand der deutschen Entwaffnung, worin es heißt, das Ergebnis bis Mitte Juni würde sowohl von britischen als auch von französischen Offizieren als durchaus befriedigend anerkannt. Das Vorgehen der bayerischen Regierung in der Frage der Einwohnerwehren habe einen guten Eindruck gemacht.

Paris, 2. Juli. Wie das „Journal“ zu wissen glaubt, habe General Nollet erklärt, daß die in einer halbamtlichen Note veröffentlichten Ziffern über die Entwaffnung richtig seien und daß er bei den deutschen Behörden den aufrichtigen Wunsch festgestellt habe, die eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen.

Eine französische Stimme zur Aufrechterhaltung der „Sanktionen“.

Paris, 2. Juli. Im „Petit Parisien“ schreibt Millet, man könne für die Aufrechterhaltung der Sanktionen nur die Notwendigkeit ins Feld führen, die Aburteilung der Kriegsschuldigen abzuwarten; aber es wäre weder gerecht noch weislich, die wirtschaftlichen Zwangsmassnahmen aufrecht zu erhalten, wenn man Befriedigung in der Reparationsfrage und in der Entwaffnungsfrage erlangt habe.

Deutschland und Amerika.

Paris, 3. Juli. Wie die „Chicago Tribune“ aus Washington meldet, hat gestern Senator Lodge auf eine Anfrage geantwortet, es sei nicht anzunehmen, daß der Versailles Vertrag in irgend einer Form von dem Präsidenten Harding dem Kongreß vorgelegt werden würde. — Ueber die amerikanischen Truppen am Rhein sagte der Senator Brandegee: Man sollte meinen, daß der Präsident die Truppen zurückziehen wird. Wenn er sie dort ließe, so würde das, wie mir scheint, als eine Kriegshandlung angesehen werden.

Newyork, 2. Juli. Präsident Harding hat die Friedensresolution mit Deutschland und Deutsch-Oesterreich unterzeichnet.

London, 2. Juli. Der Washingtoner Berichtsfalter der „Morning Post“ meldet seinem Blatt, daß der Kongreß jetzt über einen Handelsvertrag mit Deutschland verhandeln wird. Ferner hat das Kriegsamt die Meldung betreffend die Zurückziehung der amerikanischen Truppen nicht bestätigt. Die Zurückziehung sei aber trotzdem wahrscheinlich.

Harding der Nachfolger — Wilsons.

London, 2. Juli. Nach dem „Daily Telegraph“ hat Präsident Harding dem Präsidenten der United Press of America ein Telegramm geschickt, worin es heißt, jeder dauernde Friede müsse recht sein, sodas die Völker ihre rechtmäßige Stellung einnehmen können. Die Presse kann helfen, die Nationen von den schweren Lasten der Rüstungen zu befreien und für eine Verständigung zu arbeiten, die eine wirksame Garantie für den Frieden bietet. — Harding spricht solange über den Frieden, bis die Amerikaner wieder „für Recht und Freiheit“ — des Dollars einen Krieg anfangen können.

Zur Frage der Erneuerung des englisch-japanischen Bündnisses.

London, 2. Juli. Nach einer Reutermeldung über die Erneuerung des Bündnisses mit Japan wurde die seinerzeit an den Völkerbund gesandte Note von den juristischen Beratern der Krone als eine Kündigung des Bündnisvertrages angesehen; doch hat vor zwei Tagen der Lordkanzler das frühere Urteil umgestoßen und entschieden, daß die Note an den Völkerbund keine Kündigung des Vertrages bedeute. Japan wurde von der veränderten Auffassung Großbritanniens verständigt. Da der Vertrag, selbst wenn er am 13. Juli gefündigt werden sollte, automatisch ein Jahr weiterlaufen würde, wird der Vorschlag wegen Verlängerung des Vertrags um 3 Monate nicht weiter erörtert.

Ein Abkommen zwischen den Angelsachsen und Japan?

London, 2. Juli. „Daily Chronicle“ meldet, in der gestrigen Sitzung der Reichskonferenz sei die Frage einer Konferenz zwischen Amerika, Japan und England neuerdings erörtert worden. Der polnische Korrespondent des Blattes will wissen, man glaube in den Vereinigten Staaten, daß große Neigung

für ein Abkommen zwischen den drei genannten Mächten besteht. — Da scheinen sich die Herren Angelfachsen aber doch nicht so sehr sicher zu fühlen.

London, 2. Juli. Neuter erklärt, daß in allen verantwortlichen Kreisen tiefes Geheimnis bezüglich der Beratung der Reichskonferenz betreffend das englisch-japanische Bündnis gewahrt wird. Ein großer Teil dessen, was veröffentlicht wurde, sei unvollkommen und daher irreführend. Ueber ein internationales Abkommen betreffend den Stillen Ozean sei hier bisher weder an die Vereinigten Staaten noch an Japan herangetreten worden, noch sei ein Vorschlag in konkreter Form erfolgt.

Der türkisch-griechische Krieg.

Die griechische Gegenoffensive hat vorgestern begonnen. Die türkischen Anführer, die die Armee Khamal Paschas dicht vor Konstantinopel gebracht und zur Befehlsführung von Ismid, Brusa und Uschal durch die Türken führten, sollen von den griechischen Truppen lokalisiert worden sein. Trotzdem beherrschen die Türken von Ismid aus den Weg nach Konstantinopel. Die alliierte Besatzung von Konstantinopel ist viel zu schwach, um einem Angriff der Armee Khamal Paschas standhalten zu können. Nach einer Meldung des „Matin“ aus Konstantinopel ist die Stadt bereits in Verteidigungszustand versetzt worden. Daß es in den nächsten Tagen zu sehr schweren Kämpfen zwischen Griechen und Türken kommen wird, ist sicher. Nach einer weiteren Meldung aus Konstantinopel sollen die themalischen Truppen sogar schon die von den Alliierten als neutral bezeichnete Linie erreicht haben. Es soll sich bestätigen, daß die türkische Linie in Angora weilt. — Die Entente spricht schon lange davon, daß die türkischen Nationalisten planen, Konstantinopel zu besetzen, also die Entente aus Konstantinopel hinauszudrängen, und daß sie in diesem Plane von den Bolschewisten unterstützt würden.

Bolschewistische Mobilisierungsmaßnahmen?

Basel, 2. Juli. Nach einer Meldung des „Basler Anzeiger“ ist in Sowjetrußland die Generalmobilisierung angeordnet worden. Dieser Beschluß wurde in der letzten Sitzung des großen Moskauer Sowjetrates auf einen Antrag Trotzki's gefaßt. Die Pläne der russischen Heeresleitung bestehen in der Befreiung Sibiriens von den Antibolschewisten, in der Sicherung der Sowjetmacht in der Ukraine und in einem etwaigen Vormarsch gegen Rumänien. — Wie die bulgarische Zeitung „Aveverul“ berichtet, fand am Donnerstag in Bukarest ein außerordentliches Ministerrat statt, auf welchem Beschlüsse wegen des drohenden bolschewistischen Einflusses gefaßt wurden. Der allgemeine Grenzschutz an der besarabischen Linie wird danach verdoppelt. Außerdem sollen zwei Jahrgänge der Reserve einberufen werden. Nach dem „Ukrain. Pressebüro“ dauert die Konzentrierung der Sowjettruppen längs der rumänischen Grenze fort.

Ausland.

Der Verkauf der geraubten deutschen Schiffe in England.

London, 2. Juli. Lord Inchcape teilte mit, daß die vormaligen feindlichen Schiffe, deren Namen bereits öffentl. bekanntgegeben worden seien und die noch nicht verkauft wurden, jetzt für britische Untertanen und Untertanen aller anderen Nationen veräußert sind. Die „Times“ erklärt, daß der Dampfer „Tirpitz“ eines der größten und neuesten vormaligen deutschen Schiffe, jetzt von einer führenden britischen Gesellschaft angekauft wurde.

Zur Beendigung des englischen Bergarbeiterstreiks. London, 2. Juli. „Daily Telegraph“ zufolge wurden bei der Abstimmung der Bergleute 832 840 Stimmen für und 105 820 gegen die Wiederaufnahme der Arbeit abgegeben.

Englische Geschäftspraxis.

London, 2. Juli. Die russische Handels- und Industriebank, die die Rückzahlung von im Jahre 1914 der Britischen Bank für Handel und Gewerbe geliehenen 750 000 russischen Rubeln jetzt nach dem englischen Kurs verlangt, ist bei der Revisionsverhandlung von den Lords mit ihrer Klage abgewiesen worden. Sie erhält also statt 78 206 nur einen Gegenwert von 500 Pfund Sterling.

Ein Friedensabkommen zwischen den Nationalisten und Sozialisten in Italien.

Rom, 2. Juli. Die Zeitungen bestätigen, daß ein Friedensabkommen zwischen den Faschisten und Sozialisten unterschrieben werden soll, das die Aufgaben des neuen Kabinetts Bonomi geistig erleichtert. — Bei uns wären solche Verständigungsbestrebungen sicherlich geradezu nötig wie in Italien.

Das Programm der norwegischen Regierung.

Christiania, 1. Juli. In der heutigen Vornachmittagssitzung des Storting gab der Ministerpräsident die Erklärung der neuen Regierung ab. Es heißt darin, die Regierung habe die Absicht, die Verhandlungen mit Spanien und Portugal auf der Grundlage des vom Storting gegebenen Mandats zu fördern. Das Verbot des Handels mit Branntwein und Südwine soll geschloßlich festgelegt werden. Gleichzeitig soll ein Gesetz geschaffen werden, das ein Staatsmonopol für den Handel mit Branntwein und Wein ermöglicht. Die Regierung sehe eine Hauptaufgabe darin, die Arbeitslosigkeit durch Verwendung von Arbeitskräften zum Bau von Wegen, Eisenbahnen und Hafenanlagen, sowie zur Urbarmachung von Land zu bekämpfen. Sie wolle versuchen, die Ausgaben für die Landesverteidigung einzuschränken. Die Regierung habe die Absicht, den neuen Eisenbahnplan demnächst dem Storting vorzulegen.

„Besondere Kriegsumstände.“

(Gz.) Paris, 30. Juni. In einem Augenblick, in dem in Frankreich mit fieberhafter Spannung die Aburteilung der deutschen Kriegsschuldigen in Leipzig erwartet wird, wurde im französischen Senat eine Interpellation verhandelt über die Aburteilung und Erschießung von fünf französischen Soldaten wegen Verlassens des Postens vor dem Feind. Wenige Minuten nach der Vollstreckung des Urteils traf die Begnadigung ein und das Wiederanfahrverfahren ergab die völlige Unschuld der Erschossenen. Die Sozialisten kündigten

ten eine weite Interpellation über ähnliche Fälle an. So wurden zwei Leutnants, die bei Fleury Reste ihres verstreuten Bataillons gesammelt hatten, ohne kriegsgerichtliches Urteil auf Befehl eines Divisionärs wegen Feigheit erschossen. Auch hier hat die nachträgliche Untersuchung Rehabilitierung gebracht. Kriegsminister Barthou erklärte, daß, so schmerzhaft auch solche Fälle seien, sie auf das Konto „besonderer Kriegsumstände“ gesetzt werden müßten.

Ein Dokument polnischer Kultur.

Das Stadttheater in Posen, einst ein Städtchen deutscher Kunst, muß, sehr von den Polen betrieben, wegen vollständiger Verlaufsung geschlossen werden.

Rundgebungen gegen die Subereinwanderung in Palästina.

Paris, 3. Juli. Nach einer Havasmeldung aus Jerusalem werden den in Jaffe landenden Zionisten von Seiten des Hafenspersonals und der sich im Hafengebiet aufhaltenden Volksmenge Schwierigkeiten gemacht.

Die Hinterlassenschaft Carnegies.

Paris, 2. Juli. Wie Havas aus Pittsburg meldet, befaßt sich die Hinterlassenschaft Carnegies auf nur 25 Millionen Dollar. Es hat sich jedoch ergeben, daß der Stichtag im Laufe seines Lebens mehr als 350 Millionen Dollars an Wohltätigkeitsorganisationen verteilt hat.

Rückertatung des Vermögens der Gräfin Bernstorff in Amerika.

Washington, 2. Juli. Auf Anordnung des obersten Gerichts im Distrikt von Columbia werden der Gräfin Bernstorff, der Frau des ehemaligen deutschen Gesandten in Amerika, ihr Geld und ihre Wertpapiere im Betrage von 1 Million Dollar zurückertattet, die während des Krieges beschlagnahmt worden waren.

Aus dem besetzten Gebiet.

Anerkennung französischer Willkür im besetzten Gebiet.

Mit Genehmigung der französischen Kommandantur veranstaltete der deutsche Jugendbund in der Düsseldorf-Lohhalle einen Unterhaltungsabend. Das Programm war den Franzosen vorher eingereicht worden. Nach dem Vortrag des Gedichtes: „Die Witte von Marienburg“ griff der französische Versammlungsausschuss ein, beschlagnahmte das Buch, aus dem das Gedicht vorgelesen worden war und erklärte, man habe durch das Gedicht die Polen, Frankreichs Verbündete, beleidigt. Am nächsten Tage wurden die Beteiligten verhaftet und vor das französische Militärgericht gestellt. Der Vorsitzende und der Vortragende erhielten je 14 Tage Gefängnis und eine Geldstrafe von 1000 M bzw. 500 M. Außerdem wurde die Lohhalle auch mit 1000 M Geldstrafe bestraft. Die beiden jungen Deutschen und ihre Familien sehen in dieser Bestrafung eine Ehre und sind stolz darauf, für die vaterländische Sache leiden zu dürfen.

Die schwarze Schmach.

(Gz.) Darmstadt, 2. Juli. In der hiesigen Kammer der Landtagsabgeordnete Dingelbeis die Regierung anlässlich der Ernennung des Postsekretärs Schöchl durch Karlsruher, energische Schritte zu unternehmen. Die Regierung habe sich darauf an den Oberkommandierenden der Rheinarmee gewandt, von dem nunmehr die Antwort eingegangen ist. Danach ist der Täter zu einem Jahre Zuchthaus verurteilt worden. Wie hier verlautet, wird die Reichsregierung noch eine angemessene Sühne und Genugtuung fordern.

(Gz.) Trier, 2. Juli. Erst jetzt wird bekannt, daß anfangs Juni in Einbof (Kreis Wittburg) eine Mutter von neun Kindern beim Nudeln durch einen 22-jährigen französischen Soldaten unter Androhung des Todschlags vergewaltigt wurde. Ebenso vorhin vorliegen Monats in Commerau eine Bäuerin von zwei marokkanischen Soldaten auf offener Straße überfallen. Die Wüstlinge verletzten die Frau in den Hals zu schleppen und zu vergewaltigen. Auf ihre Hilferufe kamen Leute herbei, vor denen die Schwarzen die Flucht ergriffen. Angeklagt sind die Täter in beiden Fällen durch die französischen Behörden ermittelt worden. Man wird gespannt sein können, ob diesmal wenigstens die Bestrafung bekanntgegeben wird.

Deutschland.

Um das Anzeigegeld für den Reichshauptposten.

Zu der Meldung, daß dem ehemaligen Reichszentralrat Fehrenbach ein lebenslängliches Anzeigegeld von jährlich 45 000 M zugesprochen sei, wobei ihm die Jahre seiner Praxis als Rechtsanwalt angerechnet wurden, wird von zuständiger Seite mitgeteilt, daß nach dem Reichsbeamtengesetz bei Festsetzung des pensionsfähigen Dienstalters die Zeit der Beschäftigung bei den Staats- und Kommunalbehörden und zwar auch als Rechtsanwalt, angerechnet werden kann. Eine solche Verfügung unterliegt jedoch der Zustimmung des Reichsrats. Bei dem früheren Reichszentralrat Fehrenbach hat der Reichsrat die Anrechnung der Hälfte dieser Zeit gebilligt.

Zum Justizetat im preussischen Landtag.

Berlin, 2. Juli. Im preussischen Landtag wurde ein Antrag zum Justizetat angenommen, daß begabten Kindern minderbemittelter Eltern in größerer Anzahl auf Staatskosten der Weg zum Berufsrichteramt eröffnet werden soll, desgleichen ein Antrag, daß hervorragend begabte und praktisch erfahrene Personen aus allen Kreisen des Volkes durch Ablegung einer Prüfung die Befähigung zum Richteramt erlangen können, auch wenn sie den vorgeschriebenen Ausbildungsgang nicht durchgemacht haben. Zur Annahme gelangte auch ein Antrag, mit allem Nachdruck dahin zu wirken, daß die Schöffen und Geschworenen für entgangenen Arbeitsverdienst entschädigt werden, und ein Antrag, den Gesangenen in weitem Umfang das Recht zum Bezug und Lesen politischer Zeitungen, sowie von Zeitschriften und Büchern zu geben.

Verurteilung wegen Beleidigung des Reichspräsidenten.

Stade, 1. Juli. Die hiesige Strafkammer verurteilte heute den Redakteur Baum jun. von der „Lokaleitung“ wegen Beleidigung des Reichspräsidenten zu fünf Monaten Gefängnis. Das Blatt hat in einer Reihe von Artikeln den Reichspräsidenten und seine Angehörigen in gehässiger Weise beschimpft. U. a. hat er behauptet, der Reichspräsident habe sich zur Zeit der größten Lebens-

mittelnot besonders antliche Zuwendungen von rationierten Lebensmittel beschafft und, während das Volk darbt, üppig gelebt. Die von dem Angeklagten verführte Beweisführung ist völlig mißlungen. Der Mitangeklagte Keller wurde zu 500 Mark Geldstrafe verurteilt.

Zur Verjüngung der entlassenen Heeresangehörigen.

Berlin, 2. Juli. Zur weiten Beratung des Gesetzentwurfs über die Verjüngung der Angehörigen des Reichsheeres und der Reichsmarine wurde von den Unabhängigen beantragt, dem grundlegenden Paragraphen folgende Fassung zu geben: Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften haben nach dem Ausscheiden aus dem Heeresdienst Anspruch auf die gesetzliche Erwerbslosenfürsorge.

Dantefest in Berlin.

Berlin, 3. Juli. Eine eindrucksvolle Gedächtnisfeier zum 600-jährigen Todestag Dantes vereinigte heute die politische und wissenschaftliche Gesellschaft Berlins in der Staatsoper. Unter den Anwesenden befanden sich der Reichspräsident, der Reichszentralrat, zahlreiche Reichsminister und die preussischen Minister, Mitglieder des Reichsrats, des Reichstags und des preussischen Landtags, sowie die Spitzen der verschiedenen Berliner Gesellschaftskreise. Der italienische Botschafter war mit dem gesamten Personal der Botschaft erschienen.

Dysenterie von Bergarbeitern.

Dortmund, 2. Juli. Die Bergleute der Wanner Zeugen haben in Verdräufung des außerordentlich schlechten Gesundheitszustandes der Kinder des Ruhrgebiets beschlossen, eine Sonderkommission für das „Hilfswerk für unsere Kinder“ zu bilden, um möglichst viele Kinder in Bädern und Sommerfrischen zur Stärkung ihrer Gesundheit unterbringen zu können.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 4. Juli 1921.

Standesamtliche Mitteilungen der Stadt Calw.

Geburten:
27. Mai. Herbert Christian, Sohn des Friedrich Lorch, Gärtner.
27. Mai. Karl Albert, Sohn des Gottlieb Ebnis, Heizer.
30. Mai. Elise Lydia, Tochter des Friedrich Förcher, Strickmeister.
31. Mai. Heinz Theodor, Sohn des Karl Hoferer, Schriftsetzer.
31. Mai. Sofie Klara, Tochter des Georg Schramm, Zugführer.
7. Juni. Irma Alma, Tochter des Wilhelm Langenstein, Bauarbeiter.
13. Juni. Annemarie, Tochter des Erwin Rupp, Studienassistent.
17. Juni. Gerhard Albert, Sohn des Albert Walter, Verw.-Affekt.
21. Juni. Annemarie Agathe, Tochter des Rupert Riefer, Schlossermeister.
24. Juni. Eugen, Sohn des Eugen Lebzelter, Schlossermeister.
30. Juni. Helene Marianna, Tochter des Emil Abe, Kaufmann.
1. Juli. Friedrich Wilh., Sohn des Friedrich Schö, Bäckermeister.

Geschleichen:

4. Juni. Johannes Traub, Fabr.-Arb., mit Elisabeth Reinfelder von Javelstein.
18. Juni. Heinrich Gluth, Spinnereibesitzer, mit Klara Mathilde Höfer von Helmrechts in Bayern.

Sterbefälle:

4. Juni. Friedrich Rehle, led. Dienstreiber von Mienfeld, Bezirkskrankenhaus, 50 J. alt.
4. Juni. Karl Helmmeier, vord. v. Stammheim, 27 J. alt, Bez.-Krankenhaus.
5. Juni. Carl Höfner, Stadtbauarbeiter a. D., von hier, 59 J. alt.
11. Juni. Rosa Luise Ehefrau des Gustav Lutz, Wirts, hier, 30 J. alt.
14. Juni. Luise Andzeta Witwe, geb. Dieckmann von hier, 80 J. alt.
21. Juni. Wilhelmine Dollinger Witwe, geb. Widmann von hier, 62 J. alt.
21. Juni. Margarethe Maier, geb. Wolf, Ehefrau des Eugen Maier in Sirsau, 29 J. alt, Bez.-Krankenhaus.
23. Juni. Kath. Hilfer, geb. Haarer, Ehefrau des Schreiners Karl Fischer in Neunbach, 29 J. alt, Bez.-Krankenhaus.
25. Juni. Margarethe Bacher, geb. Bähr, Ehefrau des Gottlieb Bacher, Schneidermeister, 60 J. alt.
29. Juni. Wilh. Widmann, Privatmann, hier, 76 J. alt.
30. Juni. Marie Köhler, geb. Schönn, Wertmeisterswitwe, 76 J. alt.

Aus dem Handwerk.

Die Arbeitsgemeinschaft des württ. Handwerks hat vor einigen Tagen eine Sitzung im Handwerkskammergebäude in Stuttgart abgehalten, in der eine Reihe wichtiger Fragen behandelt worden sind. Zu der Frage der Neuorganisation des Lehrlingswesens wurde beschlossen, sich einmütig hinter die vom Reichsverband des Deutschen Handwerks in Bayern aufgestellten Forderungen zu stellen, nach denen das Handwerk mit allen Mitteln die Bestrebungen bekämpft, den Lehrling zum Arbeiter, das Lehrverhältnis demgemäß zu einem Arbeitsverhältnis umzuwandeln und der tariflichen Regelung zu unterwerfen. Hinsichtlich der Neuorganisation der beruflichen Organisation des Handwerks und Gewerbes wurde eine Entschließung angenommen, nach welcher die Arbeitsgemeinschaft sich einmütig auf den von Reichsausschuss aufgestellten Entwurf über die Neuorganisation der Berufsorganisation stellt und die württ. Staatsregierung ersucht wird, im Reichsrat für die Verabschiedung des Gesetzentwurfs einzutreten. Sodann wurde festgestellt, daß in den kürzlich erlassenen finanziellen Vergütungsbestimmungen den Interessen des Bauhandwerks nicht in der notwendigen Weise Rechnung getragen worden ist. Einige Ergänzungen insbesondere nach der Richtung, daß bei der Festsetzung des angemessenen Preises Sachverständige herangezogen werden müßten und die Festsetzung des angemessenen Preises vor Eröffnung des Angebots zu erfolgen hätte, wurde beantragt. Weiter wurden Maßnahmen zur Förderung der privaten Bauwirtschaft beraten und dabei eine Entschließung angenommen, in der zum Ausdruck gebracht wird, daß die Wohnungsnot durch die Zufuhrwirtschaft in der festgesetzten Weise nicht behoben werden könne, sondern nur dadurch, daß dem privaten Baugewerbe die Möglichkeit gegeben wird, auf eigene Rechnung zu bauen, wobei eine bescheidene Rentabilität der Bauunternehmung zu bauen, wobei eine bescheidene Rentabilität der Bauunternehmung gewährleistet werden muß. Zur Frage der Gewerbesteuer in Württemberg wurde die dringende Forderung auf eine baldige Ermäßigung des württ. Gewerbesteuerertrages erhoben, wofür eine große Anzahl selbständiger Handwerker unter den Kosten der ungenutzten württ. Gewerbesteuer zusammenbrechen müssen.

Gedenket der Not in Oberschlesien!

R. Die Ausführung

durch den Calwer

unter Leitung

von Hermann

von der Zeit

Schlachthaus

Landeshonoren

Der Verein zur

Landeshonoren

Landeshonoren

Landeshonoren

Landeshonoren

Landeshonoren

Landeshonoren

Landeshonoren

Landeshonoren

Landeshonoren

Landeshonoren

Landeshonoren

Landeshonoren

Landeshonoren

Landeshonoren

Landeshonoren

Landeshonoren

Landeshonoren

Landeshonoren

Landeshonoren

Das Haydnkonzert.

Die Aufführung von Haydns „Vier Jahreszeiten“ durch den Calwer Kirchengesangsverein und das Liebhabergesellschaft unter Leitung von Herrn Hauptlehrer Kischele und Mitwirkung von Frau Major Pieper-Calw (Sopran) und H. Adermann (Tenor), J. Haas (Bass) und H. H. H. (Kontrabaß) aus Stuttgart gestern abend nach einem glänzenden Verlauf und darf als ein voller Erfolg sämtlicher Mitwirkenden angesehen werden. Der Saal des „Badischen Hofes“ war überfüllt und die begeisterte Zuhörerschaft spendete Beifall und Blumen in reichem Maße. Für heute mag es bei diesem Gesamtkolle bleiben. Eine ins einzelne gehende Besprechung bringen wir morgen, nachdem wir auch die Wiederholung heute abend uns angehört haben. Es wird wohl mancher kleine Musikfreund den Wunsch haben, diese herrliche Tonkunst Haydns in solcher ausgezeichneten Wiedergabe noch einmal auf sich wirken zu lassen, und wir möchten die bisher Säumigen auf die Aufführung von heute abend auch unsererseits hinweisen. Karten sollen noch vorhanden sein. Wir wünschen den Künstlern zum zweitenmal ein ausverkauftes Haus.

Vom Calwer Schlachthaus.

In der Zeit vom 16. bis 30. Juni 1921 wurden im hiesigen Schlachthaus geschlachtet: 1 Ochse, 6 Färren, 4 Kühe, 5 Rinder, 30 Kälber, 30 Schweine und 2 Schafe.

Landeskongress der Volksbildungsausschüsse.

Der Verein zur Förderung der Volksbildung hielt mit den Volksbildungsausschüssen und -vereinen aus ganz Württemberg am 29. Juni in Stuttgart die 3. Landeskongress ab. Direktor Bauerle gedachte des kürzlich verstorbenen 2. Vorsitzenden des Volksbildungsvereins, Präsident Dr. v. Marquardt, und gab einen Überblicksbericht über die Volksbildungsarbeit im Jahre 1920/21. Danach bestehen an 70 Orten in Württemberg Volksbildungsorganisationen. In 9 Orten wurde die Arbeit neu aufgenommen. Sie wird unterstützt durch Bezirksvolksbildungsausschüsse, die bisher an 11 Orten des Landes abgehalten wurden. Durch Arbeiterinnenkurse in den großen Industriegebieten, durch heimatische Veranstaltungen und eine umfassende Tätigkeit der Stuttgarter Zentrale auf allen Gebieten des Volksbildungswesens. Eine Abteilung für bildende Kunst soll in Stuttgart eingerichtet werden. In der Aussprache begrüßte u. a. Dompräbender Dr. Storn-Nordenburg namens des Diözesanbildungsausschusses die Arbeit des Vereins und betonte, daß beide Organisationen sehr gut nebeneinander ohne Mißtrauen für die gemeinsame kulturelle Hebung unseres Volkes arbeiten können. Im Siegeslaufe behandelte Dr. Eisler-München ein neues, sehr wichtiges Verfahren zur Herstellung von Lichtbildern. Außerdem wurden Schallenspiele vorgeführt.

Mäßiges Wetter am Dienstag u. Mittwoch.
Über Skottland und Skandinavien hat sich der Hochdruck verlagert. Am Dienstag und Mittwoch ist wärmeres, meist trockenes Wetter zu erwarten.

Reichstagung der Uhrmacher in Stuttgart.

Stuttgart, 28. Juni. Die Verhandlungen des Zentralverbandes der deutschen Uhrmacher wurden im Stadgarten fortgesetzt. Volkert-Nürnberg berichtete über den Gesetzentwurf zur Organisation des Handwerks. Die Organisation des Uhrmachergewerbes ist bereits nach den im Gesetzentwurf festgelegten Grundrissen vollendet, da sich der Zentralverband der Uhrmacher auf Ortsvereinigungen und Länderverbänden aufbaut und heute schon über 10 000 Uhrmacher umfaßt. In einer Entschließung stellt sich die Reichstagung auf den Boden der Pflichterfüllung. Der Gesetzentwurf wird als geeignete Grundlage für weitere Verhandlungen mit der Reichsregierung anerkannt. Gefordert wird, daß ein bürokratischer Ausbau der Handwerkskammer vermieden und das Aufsichtsrecht auf das unbedingt notwendige Maß beschränkt und der Einfluß der Arbeitgeber auf die örtlichen Organisationen erweitert wird. Die Abgrenzung der Landesverbände nach dem Gebiet von Betriebswirtschaftsräten wird abgelehnt. Der Zusammenarbeit mit

Arbeitnehmerorganisationen (Gesellen und Gehilfen) wird zugestimmt. Ueber die Umsatz- und Luxussteuer berichtete der Ehrenpräsident des Verbandes, Dr. jur. Felsing-Berlin. Dem Uhrmachergewerbe sei es gelungen, bei den Ausführungsbestimmungen wesentliche Vereinfachungen und Erleichterungen zu schaffen. Durch den Zentralverband seien in ganz Deutschland Auskunftsstellen eingerichtet worden. Das Finanzministerium habe ein Merkblatt des Verbandes als verbindliche Auslegung der Luxussteuerbestimmungen für das Uhrmachergewerbe anerkannt. Die Erhöhung der Umsatzsteuer sei unvermeidlich. Es müsse aber eine Vereinfachung und eine Vereinheitlichung, vor allem also entweder Kleinhandels- oder Herstellersteuer, aber nicht wie jetzt, beides zusammen, verlangt werden. Hierauf wurde folgende Entschließung angenommen: Die Reichstagung fordert die Aufhebung der Luxussteuer. Wenn dies nicht möglich ist, verlangt sie eine durchgreifende Veränderung im Sinne einer Vereinfachung und Vereinheitlichung. Wenn eine Herabsetzung des allgemeinen Umsatzsteuerfußes nicht vermeidbar ist, so darf ein erträgliches Maß nicht überschritten werden. Die Spannung zwischen erhöhter und einfacher Umsatzsteuer muß angemessen ausgeglichen werden.

Die Uhrmacher in Schramberg und Schwenningen.

Im Anschluß an die Reichstagung besuchten 500 Uhrmacher Schramberg und Schwenningen. Sie besichtigten die Firmen Gebr. Jungmans und Hamburg-Amerika in Schramberg, in Schwenningen die Fabriken Kienzle und Manthe. Es wurde dabei u. a. mitgeteilt, daß in Schwenningen im vorigen Jahr 6664 Arbeiter in der Uhrenindustrie beschäftigt waren, an die in einem Jahre 42 Millionen Mark an Löhnen ausbezahlt wurden. Man schätzt die Zahl der Uhren, die täglich hergestellt werden, auf 20-25 000.

Der württ. Staat und der Neckarkanal.

Stuttgart, 2. Juli. In der heutigen Sitzung des Finanzausschusses wurde ein kurz vorher eingebrachter Gesetzentwurf betr. die Beteiligung des württ. Staates an der Neckar-N. G. behandelt, sowie ein entsprechender Nachtrag. Die beiden Gesetze bringen die finanzielle Auswirkung über die Beteiligung an der Durchführung des Neckarkanalbaus. An dem zunächst vorgesehenen Beitrag, beteiligt sich das Reich mit 160 Mill. von den geforderten 300 Mill. Mark zur Ausführung von Kraftwerken, Württemberg mit 80 Mill., Baden und Hessen mit 20 Mill., die Großbanken mit 10 Mill. Die württ. und badische Industrie mit zusammen 30 Mill. Mark. Die württ. Amtskörperschaften mit der Stadt Stuttgart haben 48 578 000 Mark gezeichnet. Es ist mit einer Erhöhung auf 49 1/2 Mill. Mark zu rechnen. Industrie und Handel in Württemberg und Baden haben bereits 33 846 000 M. gezeichnet, zusammen also 82 424 000 M., jedoch 2 1/2 Millionen Mark mehr gezeichnet sind, als ursprünglich angenommen wurde. Das bringt eine Entlastung des württ. Staates an seiner vorläufigen Rate mit 30 Mill. Mark, da für die Amtskörperschaften 50 Mill. Mark vorgesehen waren. Bei der zweiten Rate wird der württ. Staat 80 Mill. Mark allein aufzubringen haben, die Amtskörperschaften sollen bei der zweiten Zeichnung frei sein. — Der Ausschuss besteht aus 41 Mitgliedern, 16 vom Reich, 12 aus Württemberg, 10 aus Baden, 3 aus Hessen. Er verteilt sich wie folgt: Auf die Regierung entfallen 12 Mitglieder (Reich 6, Württemberg 3, Baden 2 und Hessen 1), auf die Banken 6 Mitglieder, auf die Industrie 9 (Reich 4, Württemberg 3, Baden 2), die Elektrizitäts-Gesellschaften 5 (Württemberg 2, Baden 2, Hessen 1), endlich ein Mitglied der Gewerkschaften aus Baden. Ein Arbeits- und ein Bauausschuß wurde gebildet. Bei der Abstimmung des Finanzausschusses wurden die Regierungsvorlage und der maßgebende Artikel 1 mit 10 Ja gegen 3 Nein (2 B.) bei 4 Stimmenthaltungen (2 U. S. B. und 2 B.) angenommen.

300 Jahr-Feier der Universität Straßburg durch die Südbayerische Studentenschaft.

Stuttgart, 2. Juli. Im Festsaal der Universität, in dessen Hintergrund die Chargierten sämtlicher Korporationen in vollem Glanz mit einheitlichen Fahnen Aufstellung genommen hatten, begann gestern abend der Fest- und Vortragsabend

der Universität Straßburg, wozu sich eine zahlreiche Gemeinde von Dozenten mit dem Rektor Professor Dr. Bahl an der Spitze und Studenten eingefunden hatte. Die Feier war umrahmt von wirklich künstlerischen Darbietungen des akademischen Sireichorchesters unter Leitung von Professor Hasse. Die Begrüßungsansprache, die in den Worten: „Vergeht nie Verlorenes“ ausklang, hatte der Ehrenvorsitzende des Bundes, Professor Dr. Mendeberg, der bis zu seiner Vertreibung beim Einzug der Franzosen in Straßburg lehrte, übernommen. Der bekannte Nationalökonom Professor Dr. Fuchs, als ein Student und Dozent der Kaiser-Wilhelms-Universität angezogen, gab in seiner, einen sehr guten Ueberblick über die Entwicklung der Straßburger Hochschule gebenden, gehaltvollen Festrede dem Schmerz und der tiefen Trauer um das Verlorene in ergreifenden Worten Ausdruck. Als deutsche Universität im deutschen Elsaß gegründet, wird sie wieder — das ist die Hoffnung, ja die Gewißheit in dieser Gedächtnisfeier — zum Mittelpunkt deutscher Kultur im deutschen Elsaß werden. Nachdem die Rede verlesen war, sang die Versammlung stehend das Straßburger Lied.

Stuttgart, 1. Juli. Dem Donnerstagmarkt am hiesigen Vieh- und Schlachthof waren zugeführt: 150 Ochsen, 50 Bullen, 550 Jungbullen und Jungriinder, 385 Kühe, 194 Kälber und 1336 Schafe. Erlöst wurden aus 1 Zentner Lebendgewicht: Ochsen I. 640-700, II. 470-600, Bullen I. 540-600, II. 440-510, Jungriinder I. 650-700, II. 600-610, III. 400-470, Kühe I. 490-600, II. 320-450, III. 200-300, Kälber I. 740-800, II. 650-720, III. 550-600, Schweine I. 1050-1130, II. 1020-1070, III. 940-980 M. — Verkauf des Marktes: bei Großvieh langsam, Kälbern und Schweinen belebt.

Stuttgart, 2. Juli. In der letzten Sitzung des Bezirksrats wurde beschlossen, sich an der Finanzierung des Neckarkanalbaus zu beteiligen und die hierzu erforderlichen 160 000 M. Anteilsscheine zu zeichnen. Neresheim hat durch die Amtsverammlung 110 000 M. Aktien durch seinen Bezirksrat 510 000 M. zeichnen lassen. — Schon lange ist die Erstellung eines Amtskörperschaftsgebäudes eine Notwendigkeit. Nun soll die Auflage so gestellt werden, daß alle Kanzleien der Beamten der Amtskörperschaft in das jetzige Gebäude der Oberamtspflege verlegt, der erste Stock hierfür freigegeben und ein eigenes Wohngebäude auf der Wolfsgangshöhe für zwei Bezugsstellen erstellt wird; die Kosten hierfür werden auf 240 000 M. geschätzt. Die Beschlässe bedürfen noch der Genehmigung der Amtsversammlung.

Stuttgart, 2. Juli. In Unlingen, Möhringen, Dielethofen, Aderhöfen, Ugendorf, überhaupt den Orten links des Busses, wurde die Ernte durch Hagel vollständig vernichtet. Der Anblick der so verwüsteten Felder, die zu den schönsten Hoffnungen berechtigten, ist geradezu trostlos. Auch der ganze Oberrhein der hierin sonst so reichen Schnapsparrel ist zerstört. Die Bäume sind auf der Westseite vollständig abgestorben. (Stuttg.) Niedlingen, 3. Juli. Der mit einem Kuhfuhrwerk in Erlingen heimfahrende Bauer Johann Bud wurde von den scheinenden Kühen über eine Brücke hinuntergestoßen. Die Kühe fielen samt dem Wagen hinterdrein und erdrückten Bud, der kurze Zeit darauf tot war.

Stuttgart, 3. Juli. Als die Leute in der Heinesmühle einen Kleewagen über das Vordach der Scheuer fuhren, brach eine auf dem Wagen stehende Gabel ab, wurde heruntergeschleudert und drang dem hinter dem Wagen gehenden Tagelöhner Jakob Wächle in das Herz, der sofort tot war.

Stuttgart, 2. Juli. Auf dem letzten Württ. Viehmarkt sind die Preise erheblich zurückgegangen. Der Markt war stark besetzt, was in dem geringen Ausfall der Ferkel in den meisten dieser Gemeinden begründet ist. Es wurden bezahlt: für Stiere 3400 M., Bullen 4400 M., Kühe 2300 M., Kälber 2250-3310 M.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Seltmann, Calw. Druck und Verlag der A. Oelschläger'schen Buchdruckerei, Calw.

Oberamtsstadt Calw.

Badeordnung

Für den Kinderbadeplatz an der Badwiese.

1. Von der ortspolizeilichen Vorschrift vom 23. Juni 1904 betr. die Benutzung des Badeplatzes an der Badwiese werden nachstehende Bestimmungen bekannt gegeben:
1. Die Aufsicht über die Benutzung des Badeplatzes führt das Stadtschultheißenamt.
2. In diesem Badeplatz dürfen nur Schüler der hiesigen Schulen mit Ausnahme der Gewerbes- und Handelschüler bis abends 7 Uhr baden.
3. Sonntags ist das Baden nicht gestattet.
4. Es darf nur in Badehosen bzw. Badeanzügen gebadet werden.
5. Das Baden ist nur auf die Ausdehnung des eingekreuzigten Bades (Auskleide-) Platzes gestattet. Das Betreten des rechten Nagoldufers ist — Fälle der Not- und Hilfeleistung ausgenommen — verboten.
6. Hunde dürfen auf dem Badeplatz nicht mitgenommen werden.
7. Den Weisungen sämtlicher städtischer Beamten und Bediensteten haben die auf dem Badeplatz sich aufhaltenden Personen Folge zu leisten.
8. Der Zugang zu dem Badeplatz erfolgt von der Badstraße aus auf dem Eigentum des Herrn Färbereibesizers Wörner und zwar nur auf städtischem Grundbesitz von dem Wörner'schen Hause gelegenen Fußweg. Jede Benutzung eines anderen Zugangs und das Abweichen von dem Fußweg ist untersagt.
9. Streng verboten ist das Betreten der an den abgegrenzten Auskleideplatz angrenzenden Grundstücke sowie das Entwerfen von Obst, Beeren, Blumen und dergl. von denselben.
10. Von den tiefen Stellen der Nagold in unmittelbarer Nähe des Badeplatzes werden insbesondere Nichtschwimmer dringend gewarnt.
11. Wegen der damit verbundenen Gefahr ist das Baden bei ganz oder teilweise geöffneten Stößfallen streng verboten.

12. Irgend welche Haftung aus der Benutzung des Badeplatzes wird von der Stadtgemeinde nicht übernommen.
13. Uebertretungen obiger polizeilicher Vorschriften werden streng bestraft. Verunreinigungen und Sachbeschädigungen auf dem Badeplatz, dem Zugang zu denselben und den angrenzenden Grundstücken werden nach den strafgesetzlichen Bestimmungen verfolgt.

Zugleich wird bekannt gemacht, daß im Freien auf der ganzen Nagoldstrecke vom Wehr d. H. F. Baumann'schen Krakenfabrik abwärts bis zur Marlungsgrenze gegen Hirsau nur in der Stadt, Fußbadeanstalt, am Kinderbadeplatz bei der Badwiese (aber nur für Kinder) und auf dem kleinen Brühl (Kanal der Vereinigten Webenfabriken oberhalb des Ferroschen Wehres) gebadet werden darf. An sonstigen Plätzen ist das Baden verboten.

Im ganzen Bereich dieser Badeanstalten und Plätze darf nur in Badehosen bzw. Badeanzügen gebadet werden.

Calw, den 4. Juli 1921.

Stadtschultheißenamt: G ö h n e r.

Würzbach.

Das Beeren sammeln

in den hiesigen Gemeinde- und Privat-Waldungen ist für Auswärtige bei Strafe verboten.

Gemeinderat.

Oberkollwangen.

Das Beeren sammeln

in den hiesigen Waldungen ist für Auswärtige bei Strafe verboten.

Gemeinderat.

Bekanntmachung.

Einzug der Gas- und Stromgelber usw.

Ab 1. Juli ds. Js. erfolgt der Einzug der Gas- und Stromgelber usw. in Calw durch die beiden Amtsdienner Bozenhardt und Linkenhell, in Hirsau durch letzteren allein. Um die umfangreichen Einzüge möglichst rasch erledigen zu können, werden die Abnehmer ersucht, sich jeweils vom 10. i. Mts. ab für die Einzüge vorzusehen. Bei wiederholt oder regelmäßig säumigen Zahlern möchte die Belieferung mit Gas oder Strom eingestellt werden. Die Zahlung der Beträge, die durch Einzug erhoben werden, hat nur noch an die betreffenden Einzieger zu erfolgen und können nur in äußersten Fällen bei der Verwaltung (Rathaus Zimmer 1) gemacht werden.

Calw, den 2. Juli 1921.

Städt. Gas-, Wasser- und Electr.-Werke: Schlaich.

Schniech.

Das Sammeln v. Beeren aller Art

in den hiesigen Gemeinde- und Privatwaldungen ist verboten.

Gemeinderat.

Paul Rächle, Calw.

Neu eingetroffen: Schmale und breite Bettzeuge in diesen Mustern in ausgezeichneter Qualität.

Am Dienstag, den 5. Juli vorm. von 8-10 Uhr wird auf der Freibank **Ruhfleisch** ausgehauen das Pfund zu Mk. 6.—

Verloren

wurde am 24. Juni aus einem Auto 1 grauer wolf. **Damen-Mantel** in dessen Tasche sich 1 feld. Kopftuch befand. Der Eigentümer hat dem Finder eine Belohnung v. a 100 Mark ausgelegt. Abzugeben an Stadtschultheißenamt Calw.

Verloren

ging am Samstag nachm. in der Altbürgerstraße ein **Paar Spangen-Schuhe** u. etwas beigeledertes Leder. Abzugeben gegen gute Belohnung in der Geschäftsstelle dieses Blattes.

Vertreter gesucht.

Hohen Verdienst bringt der Verkauf meiner Schürzepparate für Häckselmaschinen u. Senfen. Letzterer erlegt das Dengeln der Senfen. Große Maschinenartikel. Jeder Landwirt kauft. Muster franco Nachnahme. Rückgabe gestattet. M. Straßer, Eszern.

Calw, den 2. Juli 1921.
Statt jeder besonderen Anzeige.
Todes-Anzeige.



Unser wartet schnell nach Samstag früh mein
 lieber, treubeforgter Mann, unser guter Vater
Immanuel Volz,
 Buchbinder und städt. Arbeiter.
 Um stille Teilnahme bittet:
 die Gattin: **Christine Volz;** die Kinder:
Friz u. Frida Maissenbacher.
 Beerdigung heute mittag 4 Uhr.

Calw, den 2. Juli 1921.
Dankfagung.



Für die vielen Beweise herzlicher Teil-
 nahme bei dem Hinscheiden unseres lieben
 Vaters, Schwiegervaters u. Großvaters
Wilhelm Wiedmann
 für das Gebet des Herrn Dekan, den Herren
 Ehrenträgern und für die zahlreiche Begleitung
 zu seiner letzten Ruhestätte, sagen herzl. Dank.
 Die trauernden Hinterbliebenen.

Calw, den 4. Juli 1921.
Dankfagung.



Herzlichen Dank für die Teilnahme beim
 Heimgang unserer lieben Mutter, Tante und
 Verwandte
Marie Kohler
 geb. Schwan, Werkmeisters-Witwe,
 und die Begleitung zur letzten Ruhestätte.
 Für die trauernden Hinterbliebenen:
Marie Hasner.

Ich habe
Telephon-Anschluss
Neubulach Nr. 5
 erhalten.
Dr. Seeger.

Neue Fahrpläne für den Bezirk Calw
 erhältlich das Stück zu 50 Pfennig
 in der Geschäftsstelle dieses Blattes.

Freiwillige
Feuerwehr Calw
 Kamerad
Immanuel Volz
 ist gestorben und wird
 heute nachmittag 4 Uhr
 beerdigt. Die 1. Komp.
 hat auszurücken. Antreten
 am Spritzenhaus 1/2 4 Uhr.
 Stellw. Kommando:
 Stüber.

Etwas Gutes
 für Haare und Haarboden ist
Brennessel-Haarwasser
 und
Birken-Haarwasser
 Zu haben: K. Otto Vinçon
 Ein
Grammophon
 mit Platten, sowie eine
Personenwagen
 beides gut erhalten, zu ver-
 kaufen.
 Kuchhaus Ronbachthal.

Paul Rächle, Calw.
Vorhangstoffe
 in einfacher Breite, von Mk. 9.— ab
 abgepaßte Scheibenschleier.

Senf- und Spörgel-Samen
 empfiehlt
Landw. Consum-Verein Calw.

Universalmühle
 mahlt alle möglichen Produkte
 „MAG“ Maschinenfabrik A.-G. Geislingen-Steige,
 (Württemberg).

Der auf Mittwoch, den 6. Juli anberaumte
Fahrnis-Verkauf
 findet vorerst nicht statt.
 Stadtkonventler S. 16.

Sendet deutsche Zeitungen ins Ausland.

Siehe Wäfflerin *verkauf* *Heim Heim*
Reifen *Wäffeln*



FLAMMER
 KRAEMER u. FLAMMER, HEILBRONN

Der Halbjahrs-Wechsel
 bringt einen gesteigerten Be-
 darf an Geschäfts-Papieren
 mit sich. Sie erhalten jede
Druckarbeit
 von der einfachsten Besuchs-
 karte an bis zum feinsten
 Mehrfarben-Druck in der
A. Gelschläger'schen Buchdruckerei
 Lederstraße Nr. 151 **Calw** Fernsprech-Nummer 9.

Calw.
Geschäftseröffnung und -Empfehlung.
 Der verehrten Einwohnerschaft von Calw und Um-
 gebung mache ich die ergebene Mitteilung, daß ich
 in der Haggasse eine
Schreinerei
 eröffnet habe.
 Es wird mein eifriges Bestreben sein, die mir
 erteilten Aufträge stets pünktlich abzuliefern. Da ich
 Gelegenheitsarbeiten, bitte ich um besondere Berück-
 sichtigung.
Gottlob Kentschler, Schreiner.

Paul Rächle, Calw.
Sarbige Tischdecken
Wachstücher
 in großer Auswahl.

Ordentliches
Mädchen
 zu baldigem Eintritt
 sucht
 Frau Heint. Kühle,
 Garnhandlung, Calw
 Möbliertes, freundliches
Zimmer
 für sofort oder später zu
 mieten gesucht.
 Angeb. erb. unter M. 9.
 149 an die Gesch. ds. Bl.

Wer von Liebenzell mög-
 licherweise
Gitarre-Stunden
 zu geben?
 Angebote unter R. 2. 133
 an die Geschäftsstelle ds. Bl.
 Gesucht in kleinen Haus-
 halt tüchtiges, ehrliches
Mädchen
 für alles, das bürgerlich-hohen
 kann, nach Ludwigsbühl.
 Angebote an
 Frau Dr. Czeki,
 Karlsruhe Mollatstr. 1111
Mädchen
 für einen kleinen, besseren
 Haushalt bei wöchentlich guter
 Behandlung und Bezahlung
 gesucht. Es wird nur auf
 solche respektiert, die dauernde
 Stellung wünschen.
 Frau Ludwig-Fium,
 Gaggenau in Baden.

Zimmer
 mit vorzüglicher Küche auf
 14 Tage in Liebenzell gesucht.
 Angebote mit Preisangabe
 erbeten an
 Gottlob Widmayer,
 Stuttgart,
 Rotenwaldstraße 7.

Für einen Gasthof eines
 benachbarten Kurortes wer-
 den zum baldmöglichsten Ein-
 tritt gesucht.
1 Beiköchin
 (gewandtes Mädchen, das
 einige Erfahrungen i. Kochen
 hat).
1 Mädchen,
 das das Kochen erlernen
 will, sowie ein
Rüchennädchen.
 Gest. Angebote unter R.
 2. 151 an die Geschäfts-
 stelle ds. Bl.
Liebelberg.
 Am Mittwoch, den 6. Juli
 Mittags 1 Uhr verkauft reine

Oberkollwangen.
 Eine starke

Schaff-Ruh,
 sowie ein schönes
Rind
 feht am Dienstag mittag
 1 Uhr dem Verkauf aus.
 Witwe Schönhardt.


Milch-Schweine
 Friedr. Fint.

Paul Rächle, Calw.
Schwarze und braune
Sommerstrümpfe
 für Kinder und Erwachsene.



Damen- und Mädchen-
Bekleidung.
 Mäntel, Kostüme, Tailleurkleider,
 Röcke, Blusen, Morgen Röcke, Unterröcke.
C. Berner, Pforzheim, Ecke Metzger-
 u. Blumenstr.

Nr. 153.
 Zeitschriftenverlag
 Calw, Nr. 2. —
Zur La-
Fortdauer
 Kattowitz, 4. Juli.
 Kattowitz und von
 Kattowitz, ebenso der
 Zuge wurden von K
 plündert. Gestern ab
 nach Kattowitz auf S
 plündert. Er mußte
 Kattowitz, 4. Juli.
 Kattowitz haben K
 Kattowitz von
 den Hüttenbeamten
 mit dem Gefangen he
 konnte aber wegen
 Daraufhin lehrte de
 soite Chlubel mit e
 heraus, die sämtlich
 mishandelt wurden.
 schaft werden. Die
 der größte Teil der
 und Sobulshütte m
 flüchten.
 Kattowitz, 4. Juli.
 Beuten verlangt in
 hörde auf Grund de
 reien auf die Stadt
 neu gehender Schad
 Grund der Föhung
 möhner, daß die Le
 tolo-Grube geräumt,
 entfernt und daß fer
 militärisch besetzt w
 Berlin, 5. Juli.
 angelegtes" aus Kati
 mit, Kleinwig und K
 in die Dörfer zurück
 Säuberungsaktion an
 Familien.
Unerhörtes B
 Berlin, 5. Juli.
 Ihenfall, der sich bei
 ereignet hat. Als d
 Engländern bestand,
 Einwohner in Jubel
 der an. Darauf ta
 Kaserne heran und
 die Menschenmenge
 plötzlich Schüsse, durc
 mehrere Franzosen v
 dem Vorfall zwanzig
 darunter den ersten
 Sanitätsrat Dr. B
 strichen von englisch
 her gestellt.
Reine
 der polnische
 Berlin, 3. Juli.
 zu übergeben, aus B
 Kommission gibt über
 deutsche und die poln
 polnischen Arbeiter in
 fürigt keiner Ausde
 wenigen Einzelfällen h
 weisungen statgefund
 nehmer und die Arbe
 friedliches Zusammen
 Verfehlungen einzelne
 Verlon eine amtliche
 auch vor allem Vertre
 darüber einig, daß all
 wie in Deutschland b
 begibt sich am 4. Juli
 für die f
 Berlin, 4. Juli.
 Berliner Tageblatt
 Rücksicht auf den S
 früheren Ablicht
 Einostowski führte
 feige und den La